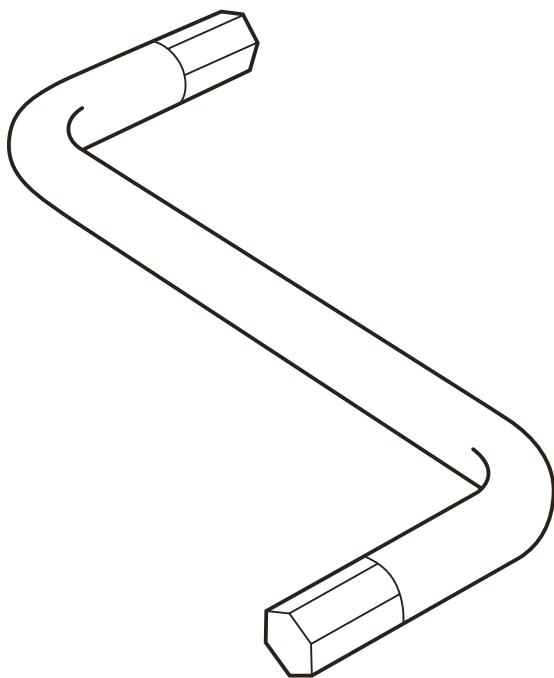


FRIHET

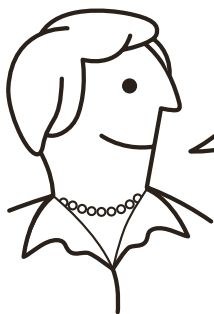
Der Schlüssel zu mehr Unabhängigkeit



Ein Spezial der



Agenda
Austria



**„Freiheit bedeutet, dass
man nicht unbedingt
alles so machen muss
wie andere Menschen.“**

– Astrid Lindgren

INHALT

Vorwort	4
Einleitung	9
Warum ökonomische Freiheit wichtig ist	12
Die Geschichte des Privateigentums	14
Der Staat und die Freiheit	18
Deregulierungen und Privatisierungen seit den 1980er-Jahren	19
Die Vermessung der ökonomischen Freiheit in Österreich	22
Österreich als offene Volkswirtschaft	24
Stabilität des Rechtssystems und Wahrung der Eigentumsrechte	25
Größe des Staates	29
Besteuerung des Faktors Arbeit	33
Regulierung: Gesetze und Verordnungen	38
Wo tatsächlich Bürokratie abgebaut wurde	47

Hürden für die ökonomische Freiheit	50
Die Macht der Kammern	52
Die aufgeblähte Gewerbeordnung	53
Die restriktiven Ladenöffnungszeiten	53
Was die Nordländer anders machen	58
Ein Erklärungsversuch	60
Handlungsempfehlungen	66
Österreich als offene Volkswirtschaft	68
Größe des Staates	68
Regulierung: Gesetze und Verordnungen	69
Literatur	74
Impressum	80

VORWORT

Österreich und die Freiheit – das ist eine nicht ganz friktionsfreie Angelegenheit. Die meisten Bürger dieses Landes schätzen nämlich die führende Hand des Staates. Sie tauschen bei jeder Gelegenheit Freiheit gegen Sicherheit. Freiheit jagt vielen Angst ein. Weil die Freiheit nur mit ihrer Zwillingsschwester zu haben ist. Sie heißt Verantwortung. Selbst entscheiden, was zu tun ist? Wozu? Viele Menschen dieses Landes mögen es, wenn ihnen Entscheidungen ihres eigenen Lebens von anderen abgenommen werden. Insbesondere von Beschäftigten des Staates, als könnten diese ihnen den Weg zum persönlichen Glück zeigen.

Auch wenn der österreichische Staat in der Bekämpfung der Pandemie eine höchst unglückliche Figur abgibt, wollen selbst die Kritiker des scheiternden Staates immer mehr von ihm. Das Vertrauen in seine Lösungskompetenz scheint ungebrochen. Wir Österreicher sind eben nicht leicht auszurechnen.

Aber nicht alle denken so. Eine wachsende Zahl von Menschen warnt seit Jahren vor der „Entsolidarisierung“ der Gesellschaft durch einen „schrankenlosen Individualismus“. Sie beklagen einen immer weiter zurückgedrängten Staat, der nur noch den Nachtwächter spielen dürfe. Die ungebrochene Ausdehnung des staatlichen Einflusses, abzulesen in immer neuen Regulierungen und immer höheren Staatsausgaben, sei reine Schimäre.

Konträrer könnten die Positionen nicht sein. Aber wer hat nun recht? Meine Kollegen Heike Lehner, Nikolaus Jilch und Gerhard Reitschuler haben sich auf die Suche nach Antworten gemacht. Sie wollten wissen, wie es um die Freiheit bestellt ist. Wie sie zu messen ist, welche Rolle sie spielt und wie sehr unser Wohlstand von ihr abhängt.

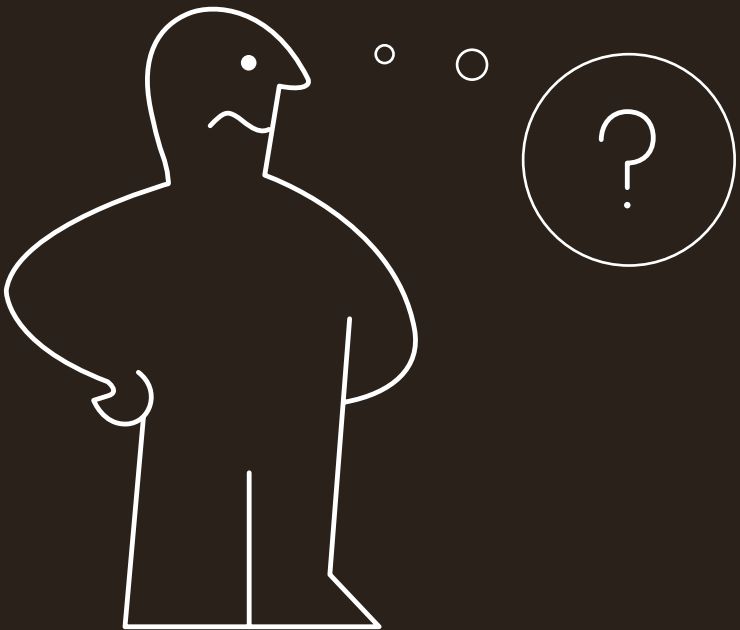
Zudem zeigen meine Kollegen in diesem „Spezial“ zum Thema Freiheit, wie wir unser Leben wieder stärker in die eigene Hand nehmen können. Die erfreuliche Nachricht: Es ist keine wirklich schwierige Sache. Aber es ist ein wenig so wie bei den überaus beliebten Produkten eines schwedischen Möbelriesen: Das Zusammenbauen nimmt uns niemand ab. Schrauben müssen wir schon selbst. Und das mit Beharrlichkeit und Ausdauer.

Das Ergebnis lässt sich lesen.

Eine unterhaltsame Lektüre
wünscht Ihnen
Franz Schellhorn
Direktor Agenda Austria

**ÖSTERREICH
IST FREI. ABER
WIE FREI IST
ES WIRKLICH?**

Freiheit und Staat schließen einander nicht aus. Im besten Fall sichert der Staat die Freiheit und lässt seinen Bürgern Raum zur Entfaltung – wenn er smart, effektiv und effizient arbeitet. Österreich steht also vor gewaltigen Herausforderungen.





**„Es kommt selten vor,
dass alle Freiheiten auf
einen Schlag verloren
gehen.“ – David Hume**

EINLEITUNG

Was ist Freiheit? Schon viele Ökonomen, Philosophen, Politiker und Revoluzzer haben versucht, eine Antwort auf diese Frage zu finden. Vorsicht ist stets geboten, wenn bürgerliche Freiheiten eingeschränkt werden – egal durch wen und mit welcher Begründung. Denn Freiheiten gehen rasch verloren, es braucht aber viel Zeit und Anstrengung, sie wieder zurückzugewinnen.

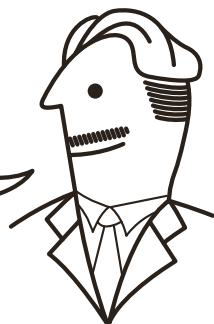
Der Weg in einen Zustand der Unfreiheit erfolgt immer Schritt für Schritt. Wie der schottische Philosoph der Aufklärung David Hume sagte: „Es kommt selten vor, dass alle Freiheiten auf einen Schlag verloren gehen.“ Und auch die besten Absichten rechtfertigen eine dauerhafte Beschneidung der Freiheit nicht – egal ob es um soziale Gerechtigkeit, den Klimawandel oder eine Pandemie geht.

Freiheit lässt sich nur sehr schwer in konkrete Subkategorien aufteilen. So sind zum Beispiel wirtschaftliche und bürgerliche Freiheiten stark voneinander abhängig. Die wirtschaftliche Freiheit lässt sich aber besser messen als andere Kategorien. Mangelt es an wirtschaftlicher Freiheit, so sind die positiven Folgen genauso sichtbar wie die negativen. Aber das heißt nicht, dass Freiheit von allen wertgeschätzt wird. Denn mit Freiheit kommt Verantwortung. Oder wie George Bernard Shaw treffend formulierte: „Freiheit bedeutet Verantwortung. Deshalb fürchten die meisten Menschen sie.“

Im Namen der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt werden viele zu Feinden der Freiheit und wünschen sich eine Auslagerung jeglicher Verantwortung an den Staat. Ganz konkret sichtbar wird dieser Trend in der zunehmenden Verklärung menschenverachtender Systeme wie des Sozialismus, in Wahlerfolgen kommunistischer Parteien mitten in Europa. Und in ganz konkreten Angriffen auf das Privateigentum, wie es die „Enteignungsbewegung“ in Berlin vormacht. Diese Vorstellungen

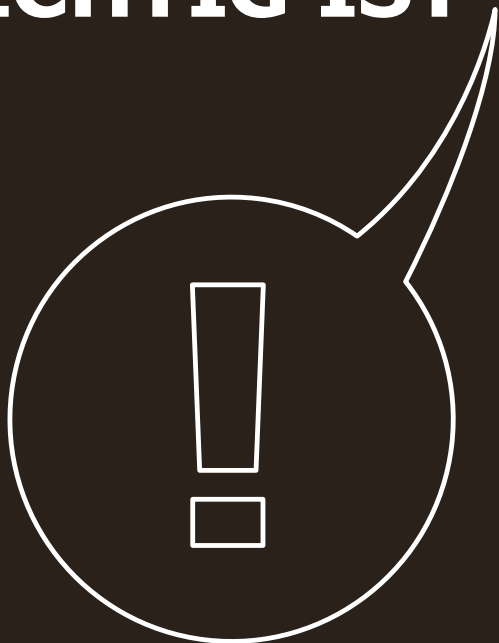
lassen sich leider besser und einfacher verkaufen als komplexe Systeme wie die Marktwirtschaft und die freiheitliche Demokratie.

„Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann ist es das Recht, den Menschen Dinge zu sagen, die sie nicht hören wollen.“ – George Orwell



Deshalb unternehmen wir in dieser Arbeit den Versuch, die wirtschaftliche Freiheit in Österreich zu vermessen. Wir wollen wissen, wie der Staat als Institution der Freiheit nicht im Wege stehen, sondern sie noch weiter bestärken kann. Wo es gut läuft – und wo man sich verbessern kann. Denn von großer wirtschaftlicher Freiheit profitieren am Ende alle. Dabei ist uns bewusst, dass Parolen zur „Enteignung“ und „Umverteilung“ bei vielen weiterhin besser ankommen werden als der Einsatz für die Freiheit und die Eigenverantwortung der Menschen. Es wird immer Menschen geben, die sich eine Kommandowirtschaft wünschen – egal wie schädlich sie ist. Wir halten es aber mit George Orwell: „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann ist es das Recht, den Menschen Dinge zu sagen, die sie nicht hören wollen.“

**WARUM
ÖKONOMISCHE
FREIHEIT
WICHTIG IST**



Bereits Adam Smith hat als Erster wissenschaftlich nachgewiesen, dass ökonomische Freiheit den Wohlstand mehrt. Das funktioniert primär über Arbeitsteilung, d. h., jeder tut, was er am besten kann. Somit wird insgesamt mehr produziert und es gibt in weiterer Folge mehr Güter und Dienstleistungen für alle – zu günstigeren Preisen. Aber wie finden wir überhaupt heraus, wo unsere Talente liegen, für welche Arbeit wir am besten geeignet sind? Wir müssen uns versuchen. Es muss uns auch möglich sein, zu scheitern und umzusatteln. Kurz: Die Trial-and-Error-Methode sorgt für den optimalen Einsatz unserer Talente in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Wenn der Staat den Einsatz von Ressourcen vorgeben möchte, wird dieser Trial-and-Error-Prozess ausgehebelt.

Das Recht auf Privateigentum sticht heraus, wenn man Wachstum und Wohlstand geschichtlich betrachtet. Es ist eine zentrale wirtschaftliche Freiheit, die Grundlage der modernen Zivilisation. Im Mittelalter gab es kaum Wachstum, 0,1 Prozent im Jahr vielleicht. Wer arm geboren wurde, ist arm gestorben. Diese Stagnation war vor allem darauf zurückzuführen, dass es so gut wie keine Eigentumsrechte für Kaufleute und Händler gab. Und wenn doch, waren permanent Enteignungen durch Monarchen zu befürchten. Aus diesem Grund gab es für Kaufleute auch keinerlei Anreiz, in Land, physisches Kapital oder Humankapital zu investieren.

DIE GESCHICHTE DES PRIVATEIGENTUMS

Erst im 17. Jahrhundert, als der Wohlstand von Kaufleuten aufgrund des wachsenden Handels zunahm, konnten sich diese auch Söldnerheere zum eigenen Schutz leisten. Längerfristige Planung wurde möglich. Auch der Widerstand gegen die Willkür von Monarchen wuchs zunehmend – und löste zum Teil auch Revolutionen aus. Diese Entwicklungen führten insgesamt zu einer radikalen Veränderung politischer Institutionen. Die Monarchen verloren an Macht. Eigentumsrechte wurden sukzessive gestärkt. Die Konsequenz: In vielen Ländern kam es erstmals zu starkem Wirtschaftswachstum. Die industrielle Revolution wurde angestoßen –

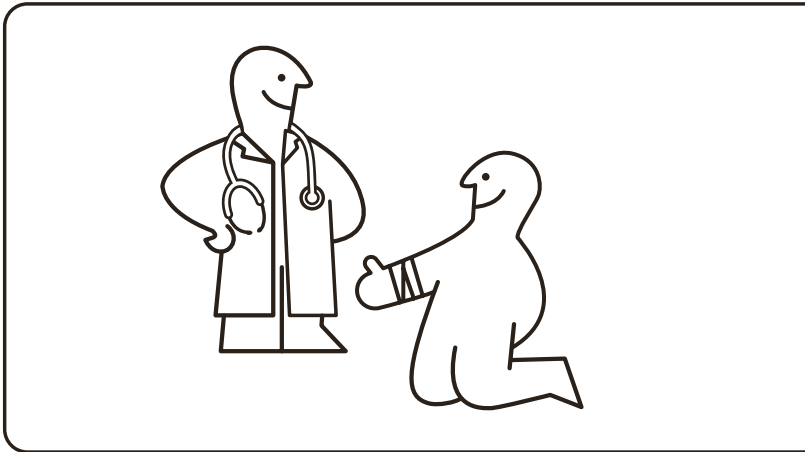
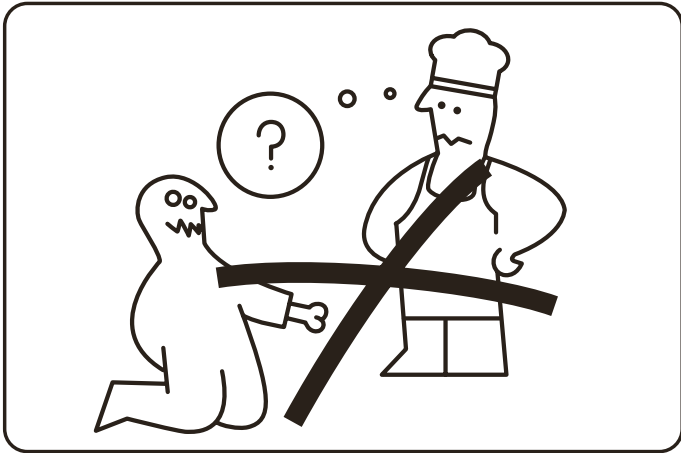
mit den bekannten, positiven Folgen für Wohlstand und technologischen Fortschritt.

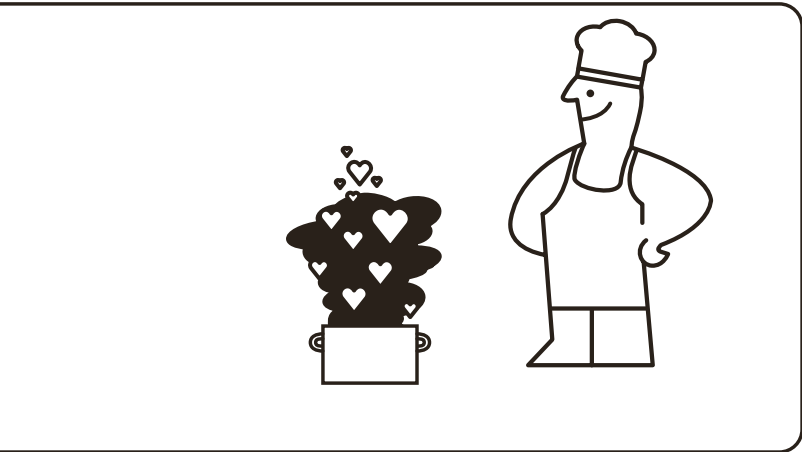
Auch empirisch wurde der Einfluss unterschiedlicher Faktoren ökonomischer Freiheit im Hinblick auf Wachstum klar nachgewiesen. Hier nur einige der Zusammenhänge: Je höher die Staatsausgaben pro Kopf, desto niedriger das Wachstum. Je besser das Rechtssystem und die Ausprägung von Eigentumsrechten, desto höher das Wachstum.¹ Der Zusammenhang zwischen Wachstum und Demokratie ist komplexer. Ausgehend von einem totalitären System erhöht die Demokratisierung Wachstum. Aber: Bei einem hohen Demokratiegrad ist eine weitere Demokratisierung tatsächlich schädlich. Grund ist der Einfluss von Interessengruppen sowie die Umverteilung durch hohe Steuern, die Investitionen behindern.

Was aber, wenn Staat und Regierung bürokratische Hürden aufbauen, die es erschweren oder gar verhindern, dass Individuen neue, profitable Projekte starten? Es geht viel Potenzial der Innovation verloren und Menschen landen massenhaft in Berufen, in denen sie nicht ihren größtmöglichen Teil zum universellen Wohlstand der Gesellschaft beitragen. Je mehr ökonomische Freiheit, desto mehr Innovation und effiziente Arbeitsteilung, desto mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

1 Vgl. Knack & Keefer (1995).

ARBEITSTEILUNG FÜR EINE EFFEKTIVE VOLKSWIRTSCHAFT





DER STAAT UND DIE FREIHEIT

Das ist kein Argument gegen den Staat an sich. Im Gegenteil. Auch liberale Denker wie Friedrich August von Hayek wussten, dass es den Staat braucht, um Rahmenbedingungen für den Markt zu setzen. Etwa zum Schutz von privatem Eigentum.

Der Markt ist nicht perfekt. Auch er kann nicht alles regeln. Der Staat ist dazu da, Marktversagen zu kompensieren. Aber auch der Staat hat seine blinden Flecken und Ineffizienzen. Auch Staatsversagen ist ein Problem. Nur wird dieses oft nicht sichtbar – oder es wird übersehen.

Man darf nicht vergessen: Nicht jeder, der sein Geld vom Staat bekommt, agiert uneigennützig. Auch Politiker und Bürokraten handeln letztlich nach ihren eigenen Interessen. Sie versuchen, ihre Macht auszubauen und mehr Geld und mehr Dienststellen für sich zu gewinnen. Daher stehen ihre Interessen jenen der Bevölkerung oft diametral entgegen (Public Choice Theory). Dazu kommen Allianzen zwischen Staat und Industrielobbys, die ihre Macht und ihren Einfluss nutzen, um sich abzusichern. Etwa indem sie Regulierungen fordern, die anderen den Markteintritt erschweren. Oder durch Subventionen oder gar Preisregulierungen (Rent Seeking). Ein gutes Beispiel in Österreich ist der Kampf der Taxilobby gegen Uber. Jahrelang protestierten die Taxifahrer. So lange,

bis ein neues Gesetz die beiden Branchen ähnlich regelte. Womit der zentrale Wettbewerbsvorteil von Uber, also flexible Preise, wegintervenierte wurde.

Hayek meint, dass Staaten genauso wie Individuen und Unternehmen auf der Basis von unvollständigen und asymmetrisch verteilten Informationen handeln. Aber anders als Individuen und Unternehmen fällt es Staaten schwer dazuzulernen. Unternehmen haben keine Alternative, denn sie stehen im ständigen Wettbewerb zueinander. Wissen ist immer dezentral verteilt, so Hayek. Zentrale Planer verfügen immer über unzureichende Informationen. Deshalb ist dezentrale Planung überlegen. Freiheit erlaubt den Wirtschaftsakteuren, ihre eigenen Pläne zu verfolgen.

DEREGULIERUNGEN UND PRIVATISIERUNGEN SEIT DEN 1980ER-JAHREN

Global gesehen gab es seit den 1980ern eine große Bewegung in Richtung ökonomische Freiheit. Initiatoren der Deregulierungen (insbesondere in der Finanzbranche) und Privatisierungen waren unter anderem Margaret Thatcher, Jimmy Carter und Ronald Reagan. Größter Einzelschritt war sicherlich das Ende der Sowjetunion sowie der Regime in ihren Satellitenstaaten. Und selbst

in China haben die Menschen mehr ökonomische Freiheiten erhalten, was zu deutlich mehr Wohlstand geführt hat.

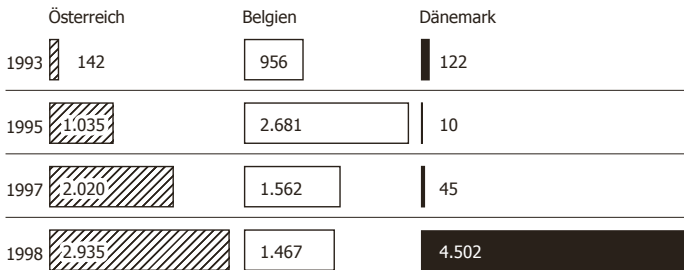
Auch Österreich erlebte in den vergangenen Jahrzehnten eine Phase der Liberalisierung, angefangen mit der ersten großen Privatisierungswelle ab Mitte der 1980er. Im Jahr 1998 betragen die Privatisierungserlöse in Österreich rund drei Milliarden US-Dollar. Die Alpenrepublik lag damals in diesem Bereich im europäischen Spitzenfeld – verglichen mit anderen offenen Volkswirtschaften wie Belgien oder Dänemark.² Auch der Beitritt zur Europäischen Union trug viel zur Deregulierung der Wirtschaft und Entrümpelung der Bürokratie bei. Die Einbindung des kleinen Landes in den europäischen Binnenmarkt beendete an vielen Stellen nationale Alleingänge bei der Regulierung.

Spätestens seit der Finanzkrise im Jahr 2008 hat sich dieser Trend der Deregulierung verlangsamt. So zieht zum Beispiel das Regime in Peking die Zügel derzeit wieder an – wie man am Verhalten gegenüber Hongkong und den chinesischen Technologiegiganten sehen kann. Und auch in Europa und Österreich wächst in Krisenzeiten die Sehnsucht nach dem Staat als Feuerwehrmann.

2 Vgl. Belke & Schneider (2006).

Privatisierungserlöse ausgewählter Volkswirtschaften

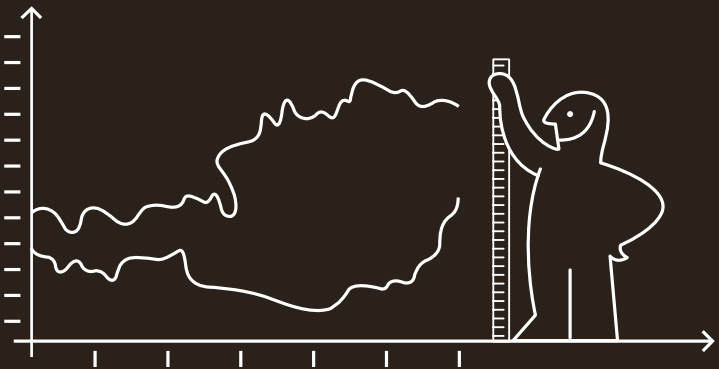
– in Millionen US-Dollar



Quelle: Belke & Schneider (2006).

**DIE VERMES-
SUNG DER
ÖKONOMISCHEN
FREIHEIT IN
ÖSTERREICH**

Ökonomische Freiheit messbar zu machen, ist sehr schwierig. Dass bestimmte Kriterien für eine funktionierende Marktwirtschaft unerlässlich sind, steht außer Frage. Etwa die Wahrung der Eigentumsrechte und ein stabiles Rechtssystem. Außerdem ist die Offenheit einer Volkswirtschaft ein wichtiges Indiz der Freiheit. Frei zu handeln, zu arbeiten und zu investieren ist essenziell für den bestmöglichen Einsatz der Ressourcen. Staatsgrenzen sollten hier keine Rolle spielen.



In anderen Belangen ist die ökonomische Freiheit eine Frage von Abwägung und Argumentation. Welche Staatsausgaben sind schädlich, welche sind gut? Welche Steuern sind förderlich, welche hinderlich? Und wie hoch sollen sie sein? Wie viel Regulierung braucht es – und wie groß darf die Bürokratie sein? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, muss man die Qualität der Regeln kennen. Ihre Detailgenauigkeit. Und man muss messen, wie effizient sie umgesetzt werden.

Eine Reihe von Indizes zur ökonomischen Freiheit versucht diese Messung bereits. In ihnen liegt Österreich im Vergleich zu anderen europäischen Staaten tendenziell im oberen Mittelfeld. Im Ranking der US-amerikanischen Heritage Foundation, dem Index of Economic Freedom, belegte Österreich zuletzt international den 25., regional den 13. Platz.

ÖSTERREICH ALS OFFENE VOLKSWIRTSCHAFT

Als EU-Land hat Österreich die Verantwortung in einigen Bereichen abgegeben. Weder das Geldsystem noch die Offenheit der Märkte sind von Wien aus steuerbar. Natürlich profitiert Österreich als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft besonders von niedrigen Handelshemmnissen und Freihandelsabkommen – also von mehr ökonomischer Freiheit auf internationaler Ebene.

Durch die Globalisierung entstehen in Österreich durchschnittliche Einkommenszuwächse pro Person von rund 1.270 Euro pro Jahr.³

Seit der Finanzkrise hat sich die Globalisierung aber verlangsamt – und die Coronakrise hat diesen Trend wohl nicht gestoppt. Daher ist es unerlässlich, dass sich Österreich auch auf EU-Ebene klar gegen protektionistische und Europa-nationalistische Tendenzen ausspricht. Wien muss sich für mehr Freihandelsabkommen und gegen eine Ausweitung z. B. von Zöllen positionieren. Denn schlussendlich profitieren wir alle davon.

STABILITÄT DES RECHTS-SYSTEMS UND WAHRUNG DER EIGENTUMSRECHTE

Der World Justice Project Rule of Law Index misst die Stabilität des Rechtssystems anhand unterschiedlicher Indikatoren wie Einschränkungen der staatlichen Gewalt oder der fundamentalen Rechte. Im Vergleich zu anderen Industrieländern im EWR-Raum und den USA liegt Österreich auf Platz neun. Auf den vordersten Plätzen findet man die üblichen Verdächtigen: Skandinavien,

3 Vgl. Lorenz et al. (2020).

FUNKTIONIERENDE MARKTWIRTSCHAFT

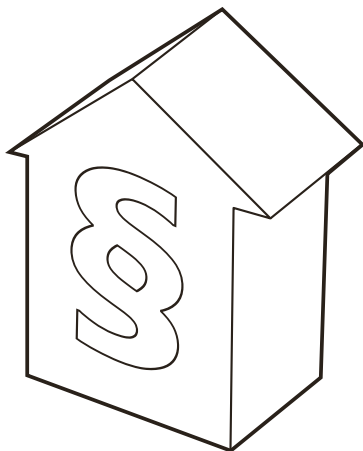


1x
stabiles Rechtssystem



1x
offene Volkswirtschaft

1x
Eigentumsrechte



Finnland, aber auch Deutschland und die Niederlande. Dass Österreich bei Korruption und Transparenz vergleichsweise schlecht abschneidet, ist leider kaum verwunderlich. Hier ist akut auch keine Besserung in den Rankings zu erwarten – eher das Gegenteil. Dabei sollte insbesondere der Trend zu „Open Government“, also dass der Staat seine Prozesse transparent für jedermann veröffentlicht, in Österreich weiter vorangetrieben werden. Damit die Bevölkerung sieht, wo und wie ihr Geld ausgegeben wird.

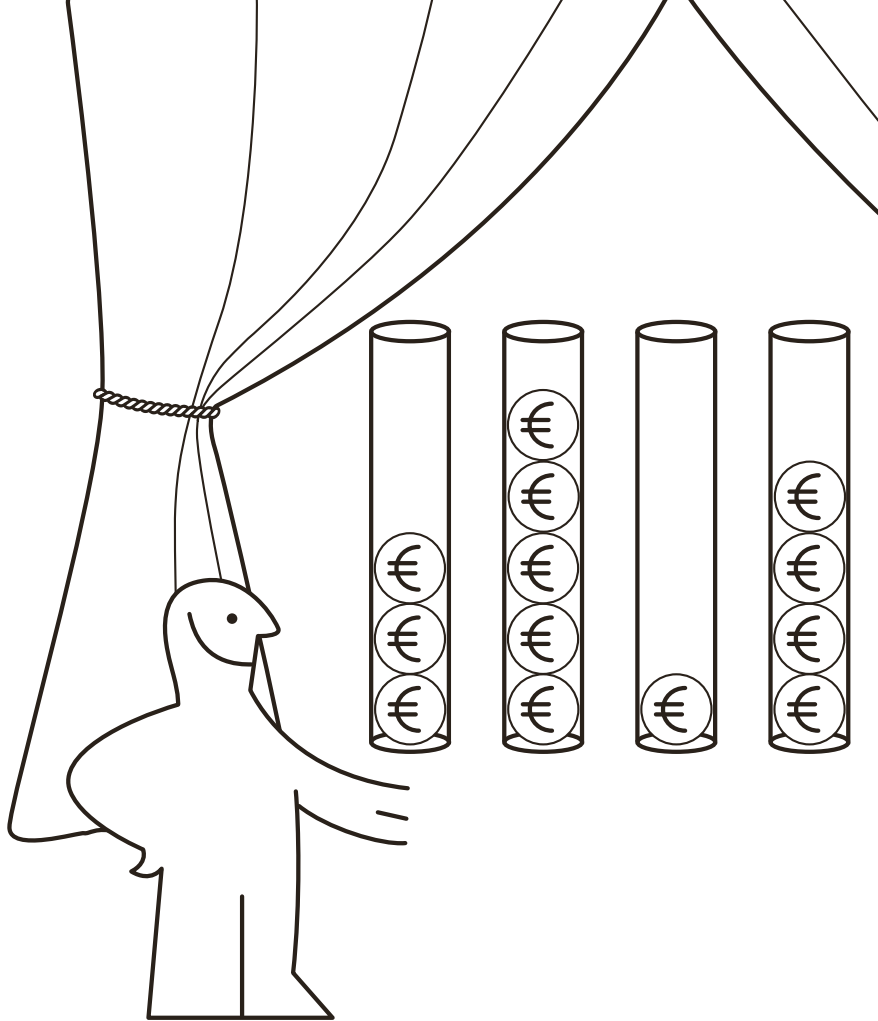
Der vermutlich wichtigste Grundpfeiler der ökonomischen Freiheit ist wie erwähnt das Recht auf Eigentum. In Österreich wird dieser Grundsatz aus jetziger Sicht zumindest aus rechtlicher Sicht gut gewahrt. Denn auch manchmal notwendige Enteignungen können nur dann durchgeführt werden, wenn bestimmte Kriterien erfüllt werden. Zum Beispiel dann, wenn die eigene Immobilie einer U-Bahn weichen soll. In Österreich muss diese Enteignung dem öffentlichen Interesse dienen und darf nicht unverhältnismäßig sein. Essenziell ist in diesem Fall, dass eine angemessene Entschädigung bezahlt wird. Allerdings könnte diese Betrachtung zu einseitig sein. Auch die hohe Besteuerung von Erwerbseinkommen kann als Hürde auf dem Weg zu Eigentum gesehen werden.

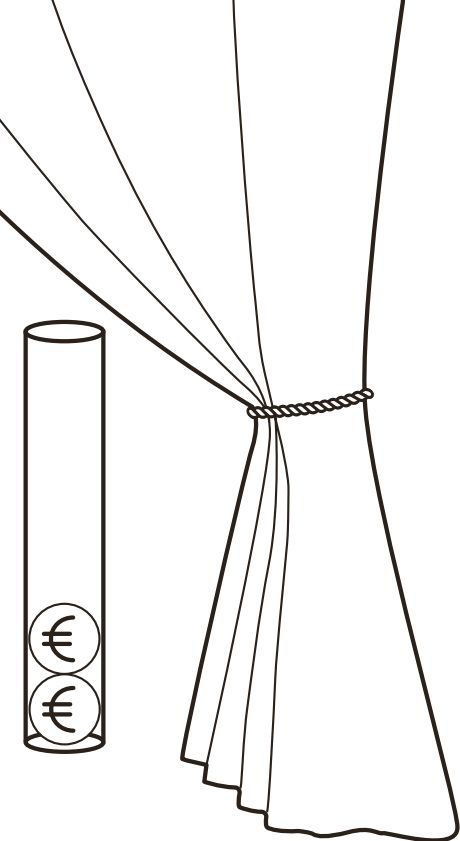
GRÖSSE DES STAATES

Die Staatsquote, also die staatlichen Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist in Krisen immer wieder stark angestiegen, so auch 2020. Das ist grundsätzlich gut so – der Staat sollte in Akutsituationen einspringen. In guten Jahren muss er sich aber auch wieder zurückziehen. Der deutsche Altkanzler Helmut Kohl sah die Grenze zum Sozialismus bekanntlich bei 50 Prozent Staatsquote überschritten. Auch wenn in Österreich in den vergangenen Jahren ein Trend zur Reduktion der Staatsquote sichtbar war, lag das Land EU-weit immer noch auf dem siebten Platz. Ob hohe Staatsausgaben für die ökonomische Freiheit problematisch sind, hängt vor allem von ihrer Zusammensetzung ab. So zeigt sich in Österreich, dass die staatlichen Konsumausgaben nicht gestiegen sind, weil die staatlichen Leistungen immer teurer geworden sind, sondern weil die Produktivität nicht mithalten konnte.⁴

Ein Vergleich mit anderen Ländern ist wichtig, man muss die Staatsquote eines Landes aber auch über die Zeit betrachten. Oft ist zu beobachten, dass öffentliche Sektoren während Krisen wachsen, sich danach aber nicht mehr auf ihr Ausgangsniveau reduzieren. Deshalb ist darauf zu achten, dass sich der Staat in Österreich nach der Krise Schritt für Schritt aus dem Leben der Bürger zurückzieht und sie wieder freier handeln lässt.

4 Vgl. Köppl-Turyna et al. (2017).

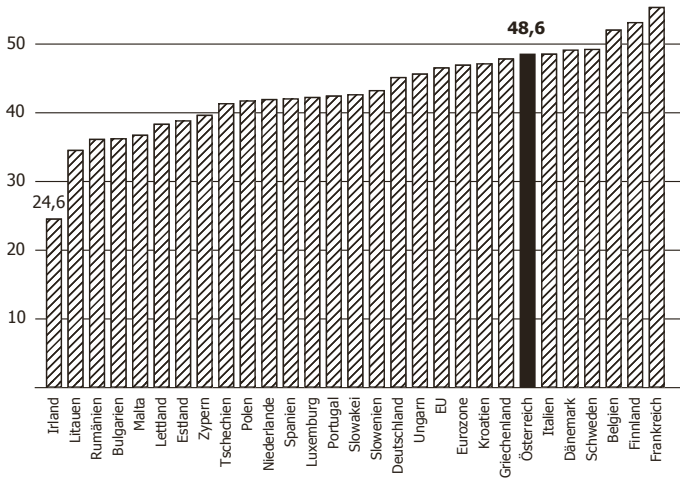




TRANSPARENTE PROZESSE ERLAUBEN, STAATLICHE AUSGABEN ZU KONTROLLIEREN

Staatsquoten im Vergleich

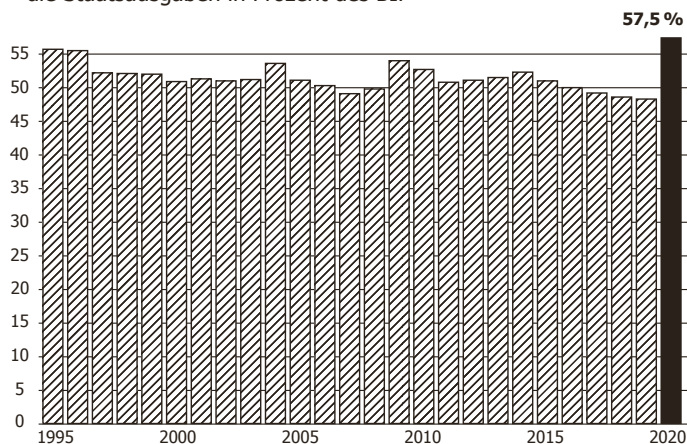
– die Staatsausgaben in Relation zum BIP, 2019



Quelle: Ameco.

Corona-Krise lässt Staatsquote in Österreich steigen

– die Staatsausgaben in Prozent des BIP



Quelle: Europäische Kommission.

Anmerkung: Die Staatsquote setzt die Gesamtausgaben der öffentlichen Hand ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung eines Landes. Zu den Ausgaben zählen Personal-, Sach- und Verwaltungskosten, Investitionen sowie die Zinszahlungen. Berücksichtigt werden auch Subventionen und Sozialleistungen. Die Staatsquote misst also, welcher Anteil der volkswirtschaftlichen Leistung durch die Kassen des Staates fließt.

BESTEUERUNG DES FAKTORS ARBEIT

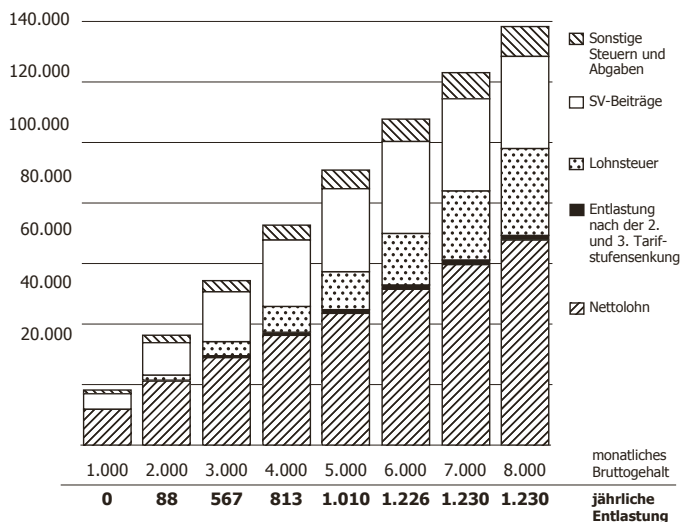
Das Steuersystem soll ja die Stütze des Staates sein. Nicht umsonst leitet sich der Begriff Steuer vom mittelhochdeutschen Wort „stiure“ – Stütze, Unterstützung – ab. Doch in Österreich gibt es bereits so viele stützende Säulen, dass sie zu Hürden im Alltag geworden sind. Diese Hürden verteuern die Arbeit derart, dass diese für Privatpersonen unleistbar wird und nicht mehr nachgefragt wird.

Oder in die Schattenwirtschaft abwandert. Österreich zählt international zu den Hochsteuerländern. Insbesondere der Faktor Arbeit ist im Vergleich stark belastet. Die Arbeitnehmer bekommen wesentlich weniger aufs Konto, als die Arbeitgeber zahlen. In kaum einem anderen EU-Land bleibt dem Durchschnittsverdiener so wenig netto wie in Österreich. Auch wenn die aktuelle Steuerreform eine leichte Entlastung bedeutet, ist und bleibt Österreich ein Hochsteuerland. Wenn eine Person insgesamt 68.233 Euro erwirtschaftet, landet nur mehr knapp die Hälfte auf ihrem Konto. Daran wird auch die Steuerreform nichts ändern.

Die hohe Besteuerung des Faktors Arbeit bedeutet nicht nur einen Nachteil für den Wirtschaftsstandort Österreich, sondern auch eine klare Einschränkung der ökonomischen Freiheit.

Jährliche erwirtschaftete Arbeitsleistung

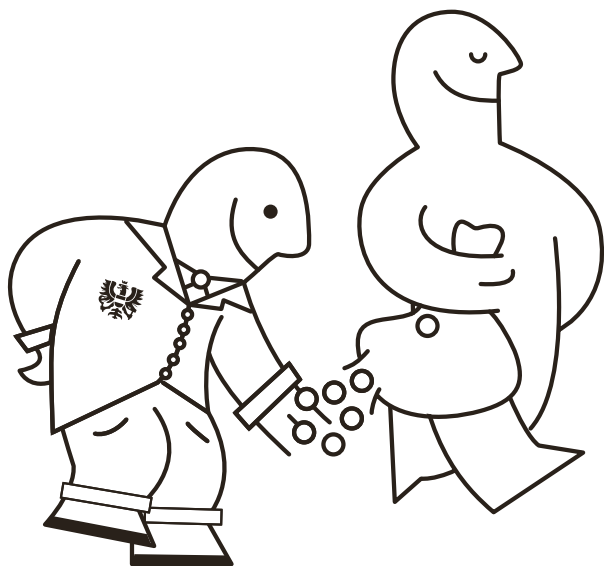
– Arbeitsbelastung und Entlastung nach einer Senkung der zweiten und dritten Tarifstufe, in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen.

Anmerkung: Arbeitsbelastung und Entlastung bei einer Senkung der zweiten und dritten Tarifstufe auf 30 und 40 Prozent. Die erste Tarifstufe wurde bereits im Jahr 2020 auf 20 Prozent gesenkt.

DIE BESTEUERUNG DES FAKTORS ARBEIT IST EINE EINSCHRÄNKUNG DER ÖKONOMISCHEN FREIHEIT





REGULIERUNG: GESETZE UND VERORDNUNGEN

Regulierungen und die daraus entstehende Bürokratie können nicht nur die ökonomische Freiheit reduzieren, sondern auch zu Ineffizienzen führen. Wie effizient oder auch wie notwendig ein Gesetz oder eine Verordnung tatsächlich ist, hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, die bereits beschrieben wurden. Ein grobes Gesamtbild lässt sich allerdings zeichnen.

Gesetze und Verordnungen in Österreich

- Verordnungen werden von Verwaltungsbehörden erlassen. Sie können nur auf Basis eines Gesetzes erlassen werden. Sie wirken inhaltlich gleich wie ein Gesetz.
- Gesetze können auf Bundes- oder auf Landesebene beschlossen werden. Ermächtigt hierzu sind National- und Bundesrat sowie die einzelnen Landtage.

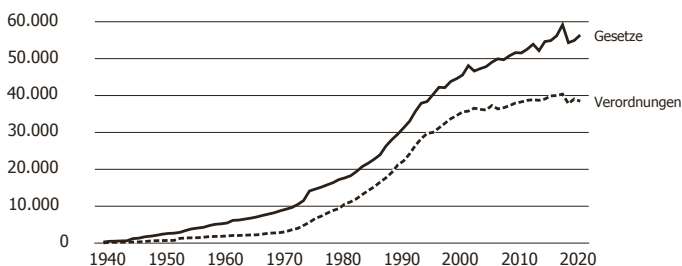
Klar ist, dass die Bürokratie in Österreich in den letzten Jahrzehnten enorm ausgeweitet wurde. Wie massiv der Ausbau der Bürokratie in Österreich ist, sieht man am generellen Wachstum der Verordnungen insgesamt: Waren im Jahr 1970 noch rund 8.400 Paragraphen oder Artikel von Bundesgesetzen aktiv, stieg diese Zahl im Jahr 2021 auf knapp 56.000. Bei Verordnungen sieht dieser

Trend ähnlich aus: Im Jahr 1970 lag deren Anzahl bei rund 2.800, im Jahr 2021 bei 38.400.

Doch Österreich besteht nicht nur aus dem Bund. Auch die Bundesländer können Gesetze verabschieden und Verordnungen erlassen. Die Gesamtanzahl der Paragraphen, Artikel und Anlagen der Gesetze und Verordnungen ist seit dem Jahr 1940 rasant angestiegen. Auf Bundesebene hat sich das Wachstum in den letzten Jahren allerdings ziemlich abgeflacht, auf Länderebene ist ein solcher Trend bestenfalls zu erahnen. Während Salzburg seit dem Jahr 1940 besonders viele Gesetze verabschiedet hat, war Oberösterreich im Bereich der Verordnungen sehr fleißig.

Wie viele Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene in Kraft sind

– Anzahl der Paragraphen, Artikel und Anlagen in Kraft

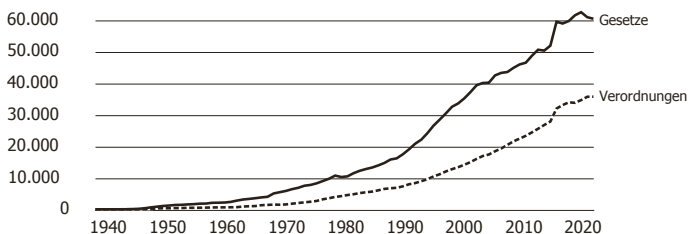


Quellen: RIS, eigene Erhebung und Berechnung.

Anmerkung: Gesetze umfassen Bundesgesetze und Bundesverfassungsgesetze
Gezählt wurden Gesetze aus dem Zeitraum vom 01.01.1940 bis 28.10.2021.

Wie viele Gesetze und Verordnungen auf Länderebene in Kraft sind

– Anzahl der Paragraphen, Artikel und Anlagen in Kraft



Quellen: RIS, eigene Erhebung und Berechnung.

Anmerkung: Gesetze umfassen Landesgesetze und Landesverfassungsgesetze.

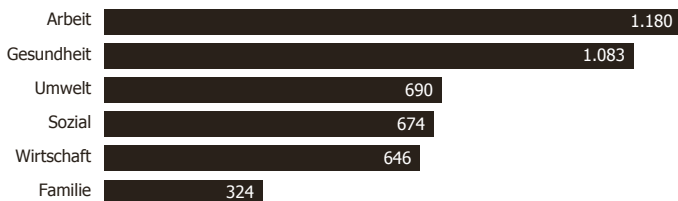
Gezählt wurden Gesetze aus dem Zeitraum vom 01.01.1940 bis 28.10.2021.

Welche Bereiche stark reguliert sind, erkennt man auch daran, welche Ministerien neue oder geänderte Verordnungen erlassen haben. Zum Beispiel hat das erst 2019 gegründete Klimaschutzministerium bereits 84 Verordnungen erlassen. Aus dem Finanzministerium kamen seit dem Jahr 2004 (dem ersten Jahr mit verfügbaren Daten) 589 Verordnungen.⁵ Jene Ministerien, die u. a. für Arbeit zuständig waren, verabschiedeten seit dem Jahr 2004 ganze 1.180 Verordnungen, die für Wirtschaft zuständigen 646.

⁵ Hier wurden Verordnungen bis zum 02.11.2021 gezählt.

Wo Bürokratie entsteht

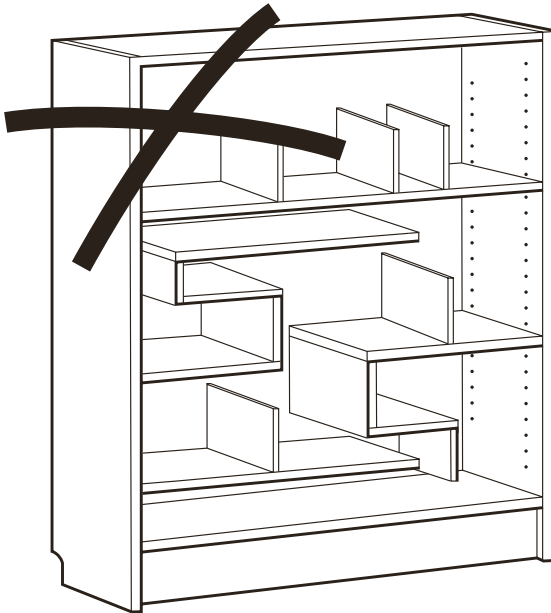
– Anzahl der erlassenen Verordnungen oder Änderungen der Verordnungen seit 2004, nach Schlagwörtern, im Namen der Ministerien

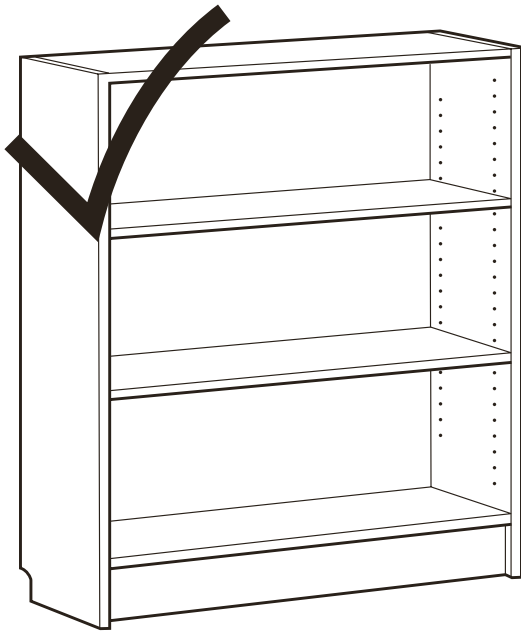


Quellen: RIS, eigene Erhebung (Zeitraum: 01.01.2004–28.10.2021) und Berechnung.
Anmerkung: Mögliche Überschneidungen entstehen, wenn mehrere Wörter in dem Namen eines jeweiligen Ministeriums vorkommen. Die Verordnungen, die sich überschneiden, wurden gleichmäßig auf die betroffenen Ministerien aufgeteilt.

Dabei kommt es nicht nur auf die Anzahl der einzelnen Gesetze und Verordnungen an, sondern auch auf ihren Umfang. Es zeigt sich, dass der Umfang, also die Anzahl der Wörter der einzelnen Gesetzesteile, in den letzten Jahren gestiegen ist. Seit 2010 bewegt sich der Median dieser Anzahl pro verabschiedetem Paragraphen, Artikel und Anlagen bei ungefähr 200 Wörtern.

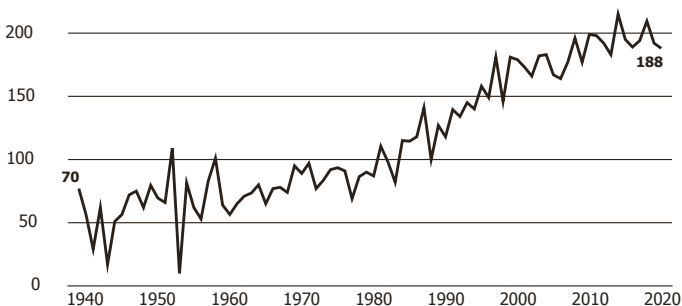
BÜROKRATISCHE PROZESSE MÜSSEN REDUZIERT UND VEREINFACHT WERDEN





Die Bundesgesetze werden immer länger

– die Länge der Paragraphen, Artikel und Anlagen der Gesetze auf Bundesebene, Median



Quellen: RIS, eigene Erhebung und Berechnung.
Anmerkung: Gezählt wurden Gesetze aus dem Zeitraum
vom 01.01.1940 bis 28.10.2021.

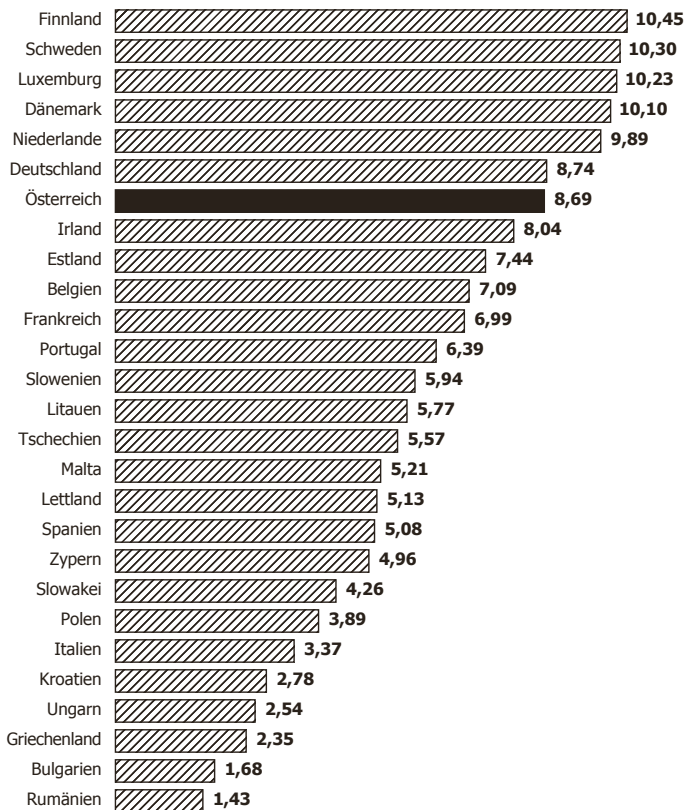
Während umfangreiche Gesetze oder Verordnungen natürlich nicht per se eine stärkere Einschränkung der Freiheit bedeuten, sind sie durchaus ein Indiz dafür. Und hier zeigt sich, dass nicht nur die Anzahl der Gesetze in den letzten Jahren stark gestiegen ist, sondern auch ihr Umfang. Diese beiden Erkenntnisse zusammen sprechen eine klare Sprache: Die gesetzliche Freiheit wurde in den letzten Jahrzehnten immer stärker eingeschränkt und die Österreicher wurden immer stärker reguliert.

Was die Gesamtqualität der Verwaltung betrifft: Die Weltbank sieht Österreich unter den EU-Ländern auf dem siebten Platz und somit knapp hinter Deutschland im oberen Drittel. Allerdings gibt es eine klar ersichtliche Kluft zu nordischen Ländern wie Finnland oder Schweden, die das Ranking anführen.

Das ist ein problematischer Trend, der darauf hinweist, dass die Bürokratie nicht völlig unkontrolliert wachsen darf. Es gibt durchaus Initiativen dafür, die allerdings bislang nur teilweise Früchte getragen haben.

Welche Länder Europas am besten verwaltet werden

– die Qualität der Governance (Index)



Quelle: Weltbank.

Anmerkung: Der Index summiert die Subindikatoren Mitspracherecht und Verantwortung, politische Stabilität, Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand, regulatorische Qualität, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle auf. Je größer der Wert, desto besser wird das Land verwaltet (Mindestwert = -15, Maximalwert = 15).

WO TATSÄCHLICH BÜROKRATIE ABGEBAUT WURDE

Was die bürokratische Belastung von Menschen und Unternehmen durch Verordnungen und Gesetze betrifft, hat sich Österreich in den vergangenen Jahren stark verbessert. Seit 2013 wird zumindest teilweise eine sogenannte Wirkungsfolgenanalyse durchgeführt (Ergebnisse auch online abrufbar): Diese analysiert die Fortschritte bei der Zielerreichung der verschiedenen Ministerien. So war es im Jahr 2018 ein Wirkungsziel des Justizministeriums, Entbürokratisierung und Deregulierung voranzutreiben. Dieses Ziel wurde im betreffenden Jahr auch eindeutig erreicht, etwa im Bereich der Bekämpfung des sogenannten „Gold Plating“.⁶

Im Jahr 2018 wurden knapp 6.500 Paragraphen von Verordnungen außer Kraft gesetzt – so viele wie noch nie. In den letzten beiden Jahren war von diesem Trend nach oben allerdings nichts mehr zu sehen. Denn das Projekt wurde von der Übergangsregierung, also der damaligen Expertenregierung, nicht mehr vorangetrieben. Das zeigt ein großes Problem: Deregulierung und Entbürokratisierung (also konkrete Schritte in Richtung mehr

6 Unter „Gold Plating“ versteht man die unerwünschte Übererfüllung der EU-Mindeststandards.

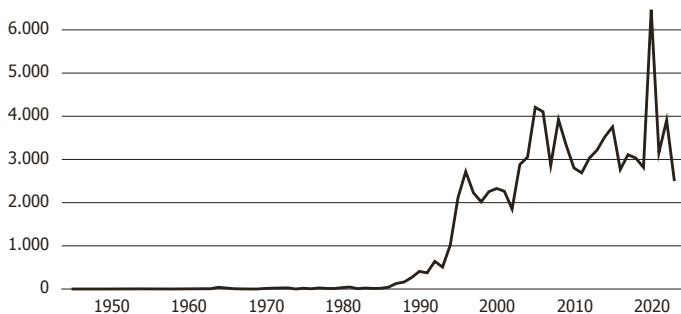
ökonomische Freiheit) sind nur dann nachhaltig möglich, wenn es eine funktionierende Regierung gibt. Während die ersten Ansätze zur Entbürokratisierung da waren, wurde dieses Vorhaben rasch wieder aus den Augen verloren.

Positiv zu erwähnen: Seit September 2017 werden alle Gesetzesvorschläge online gestellt und auch ex ante einer Wirkungsfolgenanalyse unterzogen. Die Bevölkerung kann hier auch Kommentare abgeben. Seit Sommer 2021 kann die Bevölkerung zu allen legislativen Initiativen Stellung nehmen.⁷

7 Vgl. OECD (2021).

Wann Verordnungen außer Kraft getreten sind

– Anzahl der Paragraphen, Artikel und Anlagen der im jeweiligen Jahr außer Kraft getretenen Verordnungen



Quellen: RIS, eigene Erhebung und Berechnung.

Anmerkung: Gezählt wurden Verordnungen aus dem Zeitraum vom 01.01.1940 bis 28.10.2021.

HÜRDEN FÜR DIE ÖKONOMI- SCHE FREIHEIT

**Kammerstaat, Bürokratie und Gewerbe-
ordnung: Wer in Österreich unternehmerisch
tätig werden will, stößt schnell auf Hindernisse.**



DIE MACHT DER KAMMERN

Österreichs Freiheit wird allerdings nicht nur von ihrer Regierung, sondern auch von der „Schattenregierung“ eingeschränkt. Wirtschafts- und Arbeiterkammer stellen wichtige politische Player dar. Dass Konflikte nicht auf der Straße, sondern zwischen den Sozialpartnern ausgetragen werden, ist ein Erfolg. Mittlerweile stellt sich aber die Frage, ob die wachsenden Interessenvertretungen die Freiheit nicht doch weiter einschränken. Denn die Mitgliedschaft ist bei beiden Kammern nicht freiwillig. Zusätzlich gibt es keine Verpflichtung, die Verwendung der Mitgliedsbeiträge transparent darzulegen, sondern es bedarf mühsamer parlamentarischer Anfragen. Die Erträge durch die Pflichtbeiträge sind hingegen beachtlich: 2018 lagen die der Wirtschaftskammer bei rund 600 Millionen Euro und jene der Arbeiterkammer bei rund 500 Millionen. Bei der Wirtschaftskammer kommen noch zusätzliche Erträge durch Beratungsleistungen hinzu, was ihr Budget auf über eine Milliarde Euro ansteigen lässt. Die Wirtschaftskammer beschäftigte knapp 5.100 Personen (Stand 2020), die Arbeiterkammer rund 2.900 (Stand 2018).⁸

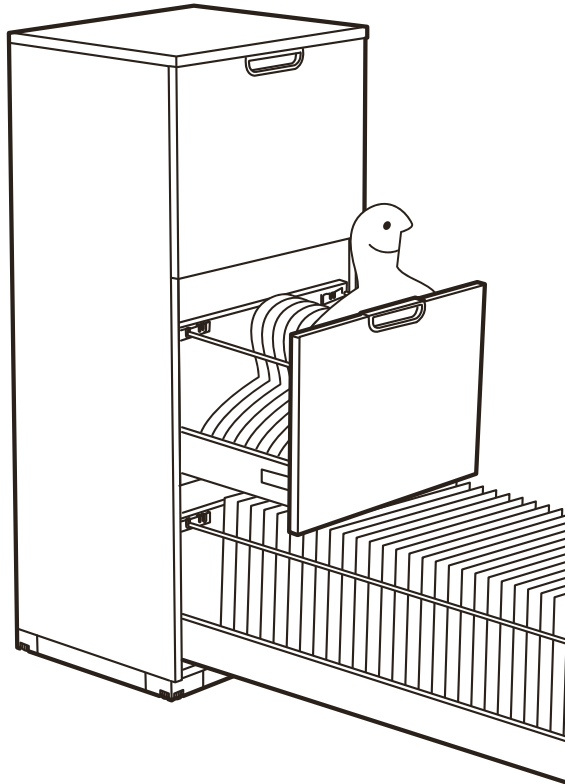
⁸ Beantwortung der parlamentarischen Anfrage (7407/J).
Vgl. Lorenz (2019).

DIE AUFGEBLÄHTE GEWERBEORDNUNG

Die österreichische Gewerbeordnung wurde im Jahr 1859 eingeführt mit dem Ziel, „die gewerbliche Betriebsamkeit in unserem Reiche gleichmäßig zu regeln und möglichst zu erleichtern“. Inwieweit diese Betriebsamkeit allerdings heute durch die Gewerbeordnung erleichtert wird, ist fraglich. Rund 80 Gewerbe sind streng reglementiert, weitere sogenannte „freie Gewerbe“ sind genau beschrieben. Die Argumentation, dass diese strenge Regulierung dem Konsumentenschutz geschuldet ist, gilt nicht. Denn der Befähigungsnachweis ist nur vom Gewerbeinhaber oder dem Geschäftsführer zu erbringen – die Mitarbeiter, die tatsächlich mit dem Kunden arbeiten, benötigen diesen nicht.

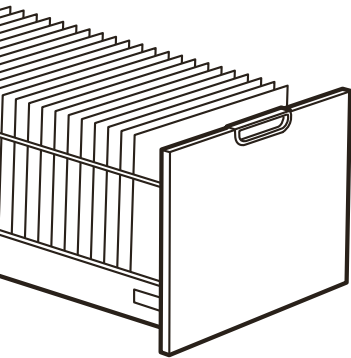
Hinzu kommt, dass es in Österreich weitaus mehr Gewerbescheine als Gewerbeberechtigte gibt. Denn oft benötigt ein Gewerbeberechtigter mehrere Gewerbescheine. So sind Bäckereien und Konditoreien zwei Gewerbe, für die zwei separate Gewerbescheine notwendig sind. Das führt nicht nur zu mehr Bürokratie, sondern auch zu einem Interessenkonflikt: Die Wirtschaftskammer ist somit daran interessiert, die Gewerbeordnung in der derzeitigen Fassung aufrechtzuerhalten oder sogar zu erweitern. Denn jeder Gewerbeschein bringt einen weiteren Pflichtbeitrag und somit höhere Erträge für die Interessenvertretung. Eine zu strenge Gewerbeordnung

bedeutet allerdings weniger unternehmerische Dynamik. Die Liberalisierung der deutschen Gewerbeordnung führte zu mehr Betrieben im nun deregulierten Bereich. Und unternehmerische Dynamik ist essenziell für ökonomische Freiheit.⁹



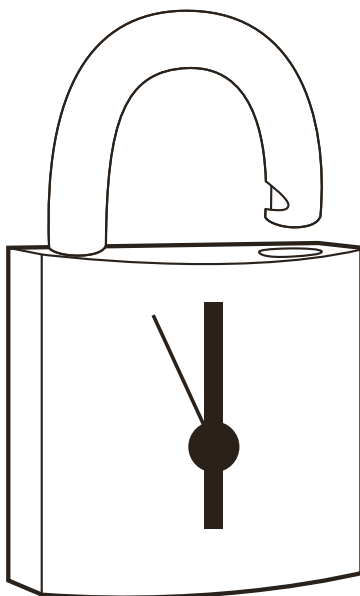
9 Vgl. Köppl-Turyna et al. (2016).

IN ÖSTERREICH GIBT ES WEITAUS MEHR GEWERBESCHEINE ALS GEWERBEBERECHTIGTE



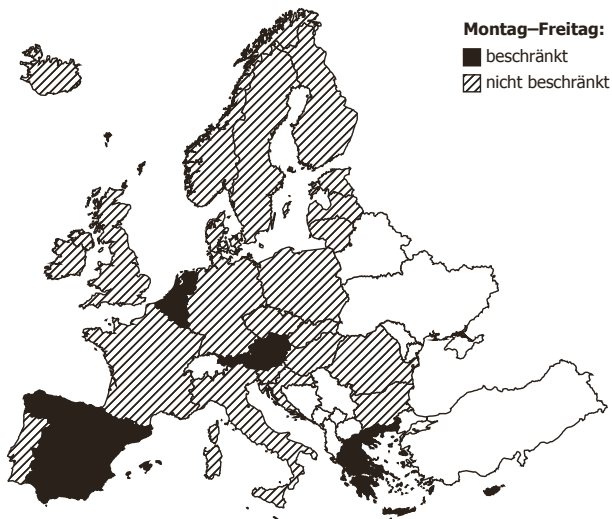
DIE RESTRIKTIVEN LADENÖFFNUNGSZEITEN

Nur in sieben anderen EU-Ländern sind die Ladenöffnungszeiten derart stark beschränkt wie in Österreich. Betrieben gesetzlich vorzuschreiben, wann sie ihre Produkte und Dienstleistungen anbieten dürfen, ist ein klarer Einschnitt in die Freiheit. Dabei würde eine Liberalisierung, wie sie bereits in Deutschland erfolgt ist, vermutlich auch hierzulande zu positiven Beschäftigungseffekten führen.



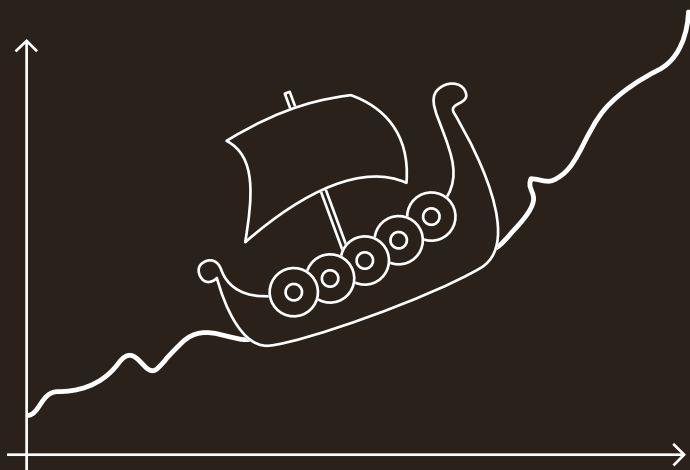
Ladenöffnungszeiten in Europa

– gesetzlich erlaubte Öffnungszeiten



Quellen: EuroCommerce (Stand 03.2017). Polen, Spanien: ECC (Stand 02.2020).
Malta: Chamber of Commerce (Stand 02.2020).

WAS DIE NORDLÄNDER ANDERS MACHEN



Rankings zur ökonomischen Freiheit sind oftmals nur bedingt aussagekräftig. Denn es hängt nicht nur davon ab, wie viele öffentliche Gelder verwendet werden. Wichtiger ist, wofür dieses Geld verwendet wird. Hier dienen nordische Staaten, beispielsweise Schweden, als Maßstab. Deren Staatsquote ist höher als jene Österreichs, trotzdem gelten sie als ökonomisch freiere Wohlfahrtsstaaten. Es würde zu kurz greifen, dafür einen einzigen bestimmten Grund zu suchen. Es scheint aber so zu sein, als hätten die Schweden sich Hayeks Warnung zu Herzen genommen. Der schwedische Staat mischt sich eher dort ein, wo er auch tendenziell über die notwendigen Informationen verfügt.

EIN ERKLÄRUNGSVERSUCH

Laut Hayek hat der ideale Wohlfahrtsstaat folgende Charakteristika:

- Er besitzt eine hohe „State Capacity“. Der Staat kann also seine Ziele erreichen, die er sich gesetzt hat, und Reformen umsetzen. Er lernt aus seinen Erfahrungen und verbessert seine Regulierungen fortlaufend.
- Sind diese Voraussetzungen erfüllt, kann das Problem fehlender Informationen (also das „Hayekian Knowledge Problem“) großteils vermieden werden – trotz großem Wohlfahrtsstaat oder hoher Staatsquote.

Arten von Staatsprogrammen

– Beispiele für Staatsprogramme nach Aufwand von öffentlichen Geldern und Wissen

Benötigt...	relativ wenig Wissen	viel Wissen
wenig öffentliche Gelder	Sozialleistungen abhängig vom Einkommen	Unternehmensförderung (insbesondere Start-up-Förderung)
viel öffentliche Gelder	Arbeitslosenversicherung	EU Next Generation Fonds

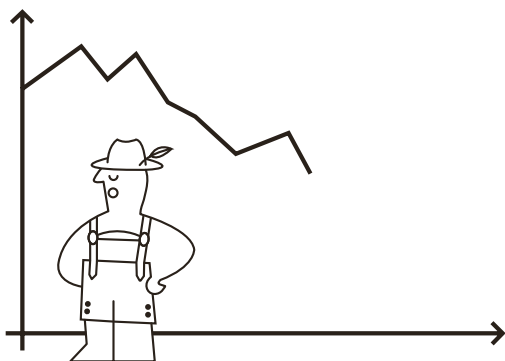
Quellen: Aufteilung nach Bergh (2020), eigene Beispiele.

Will der Staat Start-ups fördern und das Unternehmertum ankurbeln, braucht er dafür nicht unbedingt viel Geld, sehr wohl aber viel Wissen, das ihm in der Regel fehlt. Beamte und Bürokraten können nicht wissen, wo die Trends liegen und wonach Konsumenten verlangen. Auf der anderen Seite braucht es zum Beispiel für Arbeitslosenversicherungen zwar oft viel öffentliche Gelder, aber tendenziell weniger Wissen. Derartige Ausgaben verlaufen so gut wie immer im Gleichschritt mit der Konjunktur und haben einen inhärenten Automatismus eingebaut.

Das heißt: In Krisen mit steigender Arbeitslosigkeit erhöhen sich die Ausgaben und umgekehrt sinken sie in einer Hochkonjunktur. Durch diesen Automatismus stabilisieren Arbeitslosenausgaben den Zyklus. Man nennt sie daher auch „automatische Stabilisatoren“ (neben den direkten Steuern, deren Einnahmen umgekehrt in einer Krise sinken und im Aufschwung steigen). Manchmal jedoch, z. B. in einer Krise, reichen diese Ausgaben nicht und es müssen zusätzliche Ausgaben getätigt werden. Derartige zusätzliche Ausgaben bezeichnet man als „diskretionäre Ausgaben“, d. h. sie erfolgen nicht automatisch. Ein Beispiel hierfür sind die Gelder des Europäischen Next Generation Fonds. Hier wird viel Geld in zahlreiche einzelne Projekte investiert, wofür viel Wissen vorausgesetzt wird.

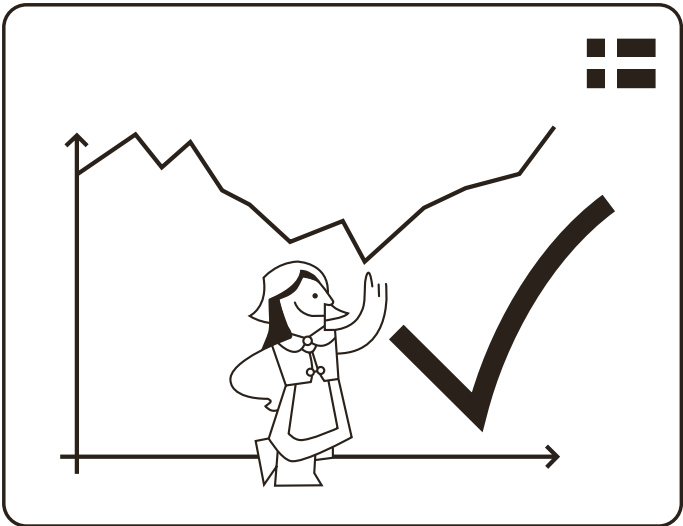
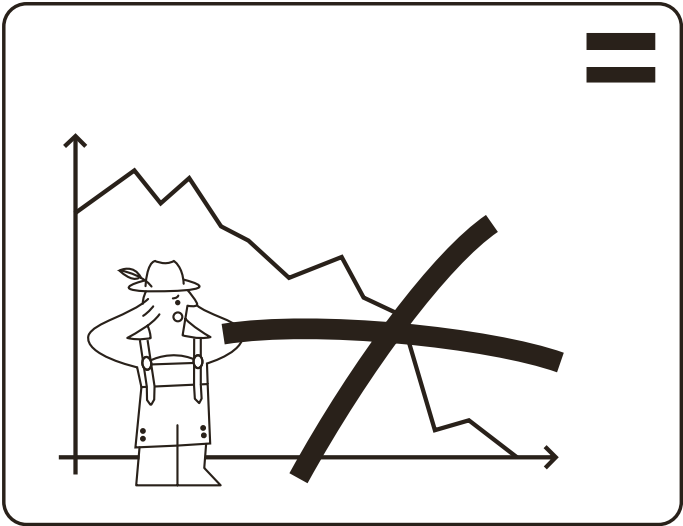
Vorbild für den Einsatz von staatlichen Geldern kann Schweden sein. Das Land hat zwar eine große Menge an

SET AND FORGET



ADAPT AND LEARN



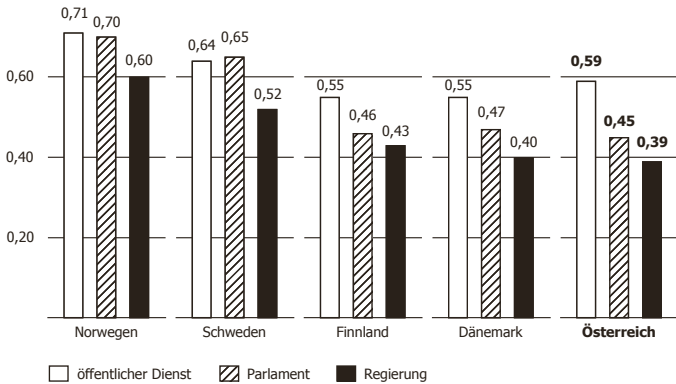


Mitteln zur Verfügung, setzt diese aber oft dort ein, wo dank guter Informationen auch hohe Treffsicherheit herrscht. Natürlich kann und sollte Österreich ein anderes Land aber nicht einfach kopieren. Zumal es für den besseren Mitteleinsatz in Schweden zwar Indizien gibt, aber kein konkretes Konzept, das man übernehmen könnte. Die Voraussetzungen sind überall anders.

Ein wichtiger Punkt, in dem sich Österreich und die skandinavischen Länder unterscheiden, ist das Vertrauen in Bürokratie, Parlament und Regierung – also das Vertrauen in den Staatsapparat an sich. Hier zeigt sich in Österreich ein ambivalentes Bild: Im Vergleich zu nordischen Staaten liegt nur das Vertrauen in den öffentlichen Dienst auf einem hohen Niveau – in die Beamten also. Das Vertrauen in die Politik hat sich durch die vielen Krisen der vergangenen Jahre sicherlich kaum gebessert.

Vertrauen in den Staat

– Anteil der Befragten, die der Regierung, dem Parlament und dem öffentlichen Dienst vertrauen*, in Prozent

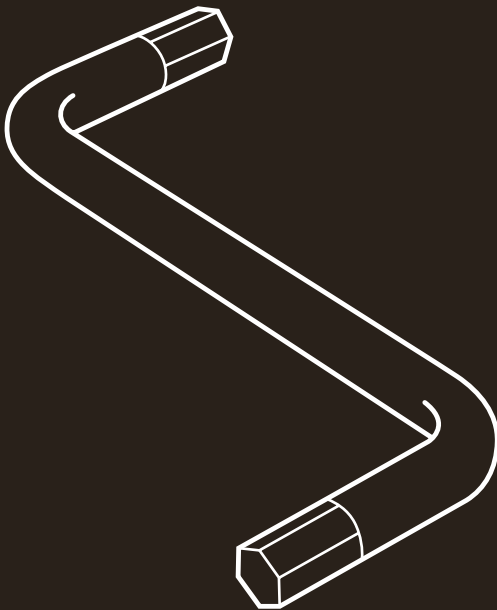


Quelle: Weltbank.

* Die Befragten, die auf die Frage „Wie sehr vertrauen Sie der Regierung, dem Parlament und dem öffentlichen Dienst?“ mit „viel“ oder „sehr viel“ geantwortet haben.

HANDLUNGS- EMPFEHLUNGEN

Für das größtmögliche Ausmaß der ökonomischen Freiheit benötigt es eine funktionierende Marktwirtschaft. Der Staat ist dazu da, entsprechende Rahmenbedingungen festzulegen und bei Marktversagen einzuschreiten. Der österreichische Staat hat hier Handlungsbedarf. Es gibt einige Ideen, wie die Österreicher freier werden können.



ÖSTERREICH ALS OFFENE VOLKSWIRTSCHAFT

Auch auf EU-Ebene kann sich Österreich für mehr Freiheit einsetzen. Mit einer Position für verantwortungsvolle Budgetpolitik und Einhaltung der Fiskalregeln und für Freihandel kann sichergestellt werden, dass auch auf supranationaler Ebene das Prinzip der Freiheit nicht in Gefahr gerät.

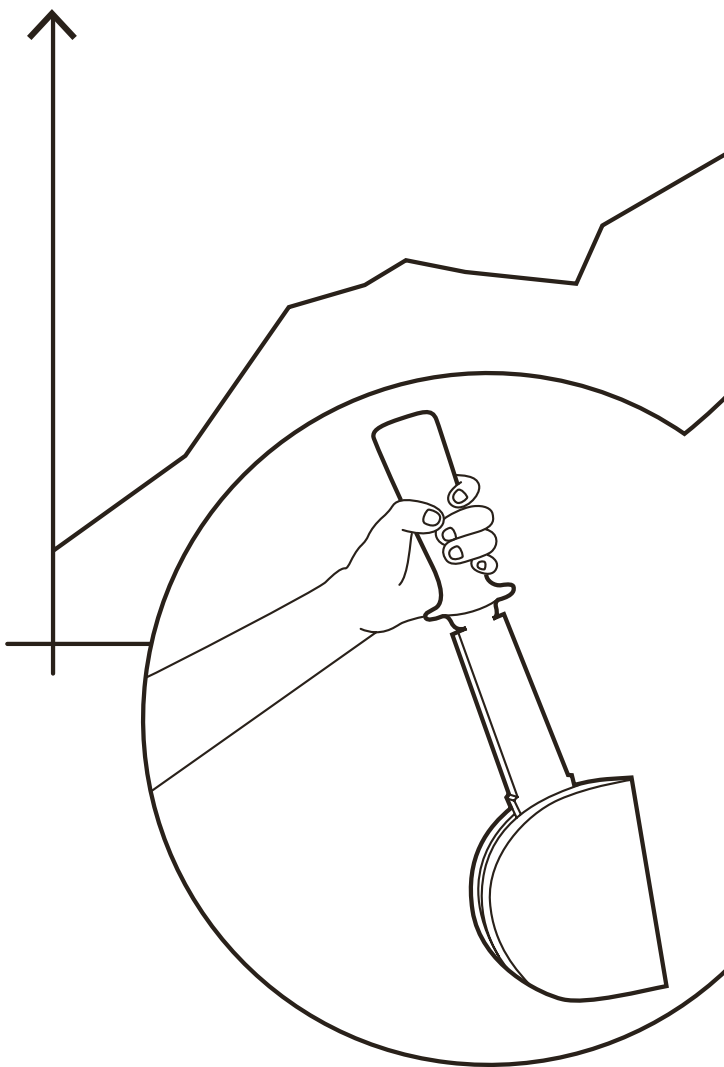
GRÖSSE DES STAATES

- Die österreichische Staatsquote hat im Jahr 2020 mit 58 Prozent einen bisherigen Höchststand erreicht. Nach dem Ende der Krise ist es notwendig, dass sich der Staat wieder zurückzieht. Das führt zu einer besseren Allokation der Ressourcen und gibt den Bürgern mehr Mittel für ihre eigenen Pläne. Dezentrale Entscheidungsfindung ist einer zentralisierten Wirtschaft immer überlegen. So führt mehr wirtschaftliche Freiheit auch zu mehr Wohlstand in der Gesellschaft.
- Nicht auf Ausgaben-, sondern auf Einnahmenseite lässt sich beim österreichischen Staat an einigen Schrauben drehen. Allen voran an der exzessiven Besteuerung des Faktors Arbeit, die die Freiheit der Bürger einschränkt und ihnen Handlungsspielraum nimmt.

- Auch Schulden vermindern die Freiheit der Bürger, insbesondere dann, wenn sie über zukünftige Steuererhöhungen wieder reduziert werden müssen. Daher braucht es harte Fiskalregeln, die nur in Ausnahmesituationen ausgesetzt werden können. Zusätzlich zu den bereits bestehenden EU-weiten Fiskalregeln sollte daher auch eine Ausgabenbremse eingeführt werden.

REGULIERUNG: GESETZE UND VERORDNUNGEN

- Die Bürokratie in Österreich muss weiter abgebaut werden. Laut dem von 2017 bis 2020 geltenden „Deregulierungsgrundsatzgesetz“ hätten Gesetze und Verordnungen nach Möglichkeit eine „Sunset Clause“ und somit ein Enddatum beinhalten sollen. Es ist fraglich, ob dieses Gesetz tatsächlich die gewünschte Wirkung hatte. Dabei hätten Sunset Clauses das Potenzial, Bürokratie abzubauen, und sollten deshalb häufiger eingesetzt werden.
- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) empfiehlt zudem, dass Interessengruppen systematisch bereits vorab über mögliche neue Regulierungen informiert werden sollten. Die Bevölkerung betrachtet Regulierungen tendenziell als fairer, wenn sie bereits vorher in den Prozess der Entscheidungsfindung miteingebunden war und die Maßnahmen klar erklärt wurden. Mehr Transparenz





**EINE AUSGABEN-
BREMSE REDUZIERT
DIE STEUERLAST
DER BEVÖLKERUNG**

bei der Regulierung würde auch das Vertrauen in Staat und Regierung erhöhen.

- Um genau zu erkunden, welche Gesetze und Verordnungen gestrichen oder vereinfacht werden können, braucht es Zeit. Bei manchen Themen ist allerdings bereits jetzt schon klar sichtbar, was getan werden soll:

– **Die Macht der Kammern reduzieren**

Statt einer Pflichtmitgliedschaft braucht es in einem Rechtsstaat eine unbürokratische Möglichkeit des Ausstiegs. Weiters sollte die Transparenz hinsichtlich der Zwangsbeiträge ausgeweitet werden. Jeder sollte sich ein Bild darüber machen können, wofür seine Beiträge benutzt werden.

– **Die Liberalisierung der Gewerbeordnung**

Die Gewerbeordnung muss komplett neu geschrieben werden. Streng reglementiert sollten nur noch jene Gewerbe werden, deren Ausübung Mensch, Tier oder Umwelt gefährdet. Dazu gehören etwa Elektrotechniker oder Optiker. Zusätzlich sollte jeder Gewerbetreibende nur einen Gewerbeschein erhalten. Um den Konsumentenschutz tatsächlich zu stärken, muss jeder Gewerbetreibende obligatorisch eine Betriebshaftpflichtversicherung abschließen. Dadurch wird der Kunde bei Schäden entschädigt. Damit wird der Konsument tatsächlich besser abgesichert, auch wenn die Mitarbeiter selbst keinen Befähigungsnachweis erbringen müssen.

– Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten

Österreich ist eines der letzten EU-Länder, in denen die Öffnungszeiten unter der Woche gesetzlich eingeschränkt werden. Das sollte sich ändern: Die Inhaber der Geschäfte sollten auch in Österreich die Möglichkeit haben, sich mit ihren Beschäftigten zu einigen, wann sie aufsperrern wollen und wann nicht.

- Die Staatsorgane sollten sich bei jeder Maßnahme bewusst sein, dass nur im Falle guter Informationen auch gute Ergebnisse erzielt werden können. Fehlen die Informationen, ist mehr Geld nicht der beste Weg – bzw. könnte das Geld anderswo besser eingesetzt werden. In einem Satz: Der Staat sollte sich darauf fokussieren, was er kann – und er sollte wissen, was er nicht kann. Denn ökonomische Freiheit kann einfach eingeschränkt werden, aber sie wieder zu erhöhen, ist ein schwieriges Unterfangen.

LITERATUR



Bergh, A. (2020). Hayekian welfare states: Explaining the coexistence of economic freedom and big government. *Journal of Institutional Economics*, 16(1), 1–12.

Belke, A., Schneider, F. (2006). Privatization in Austria: some theoretical reasons and performance measures. *Privatization experiences in the European Union*, 89–116.

Knack, S., Keefer, P. (1995). Institutions and economic performance: cross-country tests using alternative institutional measures. *Economics & Politics*, 7(3), 207–227.

Köppl-Turyna, M., Brzeznski, A., Lorenz, H. (2016). Warum die Gewerbeordnung ein übler Geselle ist. *Agenda Austria*, Wien.

Köppl-Turyna, M., Kucsera, D., Neck, R. (2017). Growth of public consumption in Austria: Testing Wagner's law and Baumol's cost disease. Agenda Austria Working Paper, 10.

Lorenz, H. (2019). Österreichs Kammern: Politik im Schatten der Regierung. Agenda Austria Policy Brief, Wien.

Lorenz, H., Köppl-Turyna, M., Ludwig, F., Müller, N. (2020). Wer braucht schon Freihandel? Agenda Austria, Wien.

OECD (2021). OECD Regulatory Policy Outlook 2021. OECD Publishing, Paris.

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Mag. (FH) Nikolaus Jilch

Heike Lehner, MA (HSG)

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Redaktion & Koordination

Jean-Pierre Bednar, MSc.

Dr. Katharina Ebner

Konzept & Design

Rosebud

Lektorat

MMag.^a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Begutachtung

Dr. Gerhard Schwarz

Hersteller

Wograndl Druck GmbH

Druckweg 1

7210 Mattersburg

Dezember 2021

© Agenda Austria, Vereinigung für wissenschaftlichen Dialog und gesellschaftliche Erneuerung, Wien.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funk-sendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung des Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Die Publikation verwendet allein aus Gründen der leichteren Lesbarkeit durchgängig die grammatikalisch männliche Form.

